

## Gründe gegen eine Ratifizierung des Handelsübereinkommens zwischen der EU, Kolumbien und Peru

Gustavo Hernández,  
Verband lateinamerikanischer Nichtregierungsorganisationen für Entwicklungszusammenarbeit  
(Latin American Association of Development Organizations, ALOP)

Im Oktober 2009 veröffentlichte die Europäische Kommission eine handelsbezogene Nachhaltigkeitsprüfung (Trade Sustainability Impact Assessment) zum Handel zwischen der EU und den Staaten der Andengemeinschaft, um die lateinamerikanischen und europäischen Beteiligten an den zu diesem Zeitpunkt laufenden handelspolitischen Verhandlungen zu informieren. Die Studie, die von einem Beratungskonsortium unter Leitung der Universität Manchester durchgeführt wurde, wurde erst zu einem Zeitpunkt veröffentlicht, als die Verhandlungen fast abgeschlossen waren, und lag nur in englischer Sprache vor. Einige der Ergebnisse sind erstaunlich: Es werden Änderungen im umfangreichen, formellen Bergbausektor mit Beschränkungen der Arbeitnehmerrechte vorhergesagt; eine höhere Konzentration im Lebensmitteleinzelhandels könnte sich schädlich auf kleine Familienbetriebe auswirken; der Zugang armer Bevölkerungsgruppen zu wesentlichen Dienstleistungen wird sich angesichts einer stärkeren Beteiligung des privaten Sektors womöglich nicht verbessern; und die lokalen und nationalen Konflikte, die in den letzten fünf Jahren im Zusammenhang mit der Erweiterung des Bergbaus und der Förderung von Kohlenwasserstoffen in ländlichen Gebieten entstanden sind, könnten sich verschärfen und zu weiteren gesellschaftlichen Problemen führen.<sup>1</sup>

Drei Jahre später gab die Generaldirektion Externe Politikbereiche des Europäischen Parlaments eine eigene umfassende Studie

über das Handelsübereinkommen zwischen der EU und Kolumbien und Peru in Auftrag.<sup>2</sup> Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Wohlfahrtsgewinne durch das Abkommen gering sein werden. Die Handelsvorteile für die EU entstehen größtenteils in den klassischen EU-Exportbereichen wie Maschinenbau, Fahrzeuge und im Dienstleistungssektor (hauptsächlich Telekommunikation, Bauwesen, Vertrieb und Finanzdienstleistungen). Die Vorteile für Kolumbien und Peru betreffen das Obst – insbesondere Bananen – und das Gemüse. Im Hinblick auf Menschenrechte und demokratische Grundsätze hebt die Studie hervor, dass „es weder spezifische Mechanismen für die Überwachung der Umsetzung der Menschenrechtsklausel noch einen Unterausschuss für Fragen der Menschenrechte und der Demokratie gibt“.<sup>3</sup> Die nicht verbindliche Absicht, eine nachhaltige Entwicklung zu verfolgen, wurde in einer von Dr. Reingard Zimmer, Vertretungsprofessorin für Arbeitsrecht an der Universität Hamburg, kürzlich durchgeführten Studie thematisiert [„Das Nachhaltigkeitskapitel im bilateralen

<sup>2</sup> „Europäische Union: ‚Handelsabkommen‘ mit Kolumbien und Peru“. Studie, vorgelegt von *LSE Enterprise Ltd.* im Namen der *London School of Economics and Political Science* und Konsorten, März 2012. Verfügbar unter <http://www.europarl.europa.eu/committees/en/studies/download.html?languageDocument=EN&file=72991> [in englischer Sprache – deutsche Zusammenfassung unter [http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009\\_2014/documents/inta/dv/896/896692/896692de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/inta/dv/896/896692/896692de.pdf)].

<sup>3</sup> „Dieser Aspekt [die Menschenrechtsklausel] wird nicht nur durch die Nachhaltigkeitsprüfung ignoriert. Auch das Übereinkommen selbst scheint diesem Ansatz zu folgen. Es ist selbstverständlich unangemessen, dass die Hauptkompetenz für Probleme im Zusammenhang mit der Menschenrechtsklausel beim wichtigsten Organ dieses Übereinkommens, dem ‚Handelsausschuss‘, liegt.“ (Ebd. [LSE-Studie], S. 49).

<sup>1</sup> EU-Andean Trade Sustainability Impact Assessment. Final Report. October 2009. Verfügbar unter [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/april/trado\\_c\\_146014.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/april/trado_c_146014.pdf) [in englischer Sprache].

Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru.“ Gutachten von Frau Dr. jur. Reingard Zimmer. Verfügbar unter [http://www.igbau.de/Binaries/Binary13069/Gutachten\\_Reingard\\_Zimmer1.pdf](http://www.igbau.de/Binaries/Binary13069/Gutachten_Reingard_Zimmer1.pdf)]. Bei einer Präsentation im Europäischen Parlament am 19. April 2012 kam sie zu dem Schluss, dass das Nachhaltigkeitskapitel des Übereinkommens unzureichend ist und nicht ohne umfangreiche Änderungen in Kraft treten sollte.

### Das Handelsübereinkommen und seine wirtschaftlichen Folgen

Das Handelsübereinkommen könnte sich schädlich auf die Volkswirtschaften von Kolumbien und Peru auswirken. Die EU würde Zugang zum Beschaffungswesen der lokalen Kommunen erhalten, und dies würde europäischen Unternehmen – ebenso wie Lieferanten aus den USA und China – bei Ausschreibungen für öffentliche Aufträge in der Andenregion einen Vorteil gegenüber lokalen Unternehmen verschaffen. Tatsächlich haben China und Peru eine umfassende Vereinbarung getroffen, die weitgehend dem entspricht, was die EU anstrebt. In der handelsbezogenen Nachhaltigkeitsprüfung zum Handel zwischen der EU und den Staaten der Andengemeinschaft wird dargelegt, dass sich das Übereinkommen für Kolumbien und Peru negativ auf die Produktionsleistung und die Beschäftigung im Dienstleistungssektor auswirken wird, dass durch EU-Firmen und EU-Importe ein Druck entstehen wird und dass kleine und mittlere Unternehmen insbesondere im Landwirtschaftssektor Nachteile haben werden. Dies würde ernsthaft **den politischen Spielraum untergraben, den Kolumbien und Peru für die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen haben**. Eine solche Unterstützung ist, wie wir anhand der Konjunkturprogramme in Europa, Asien und den USA sehen, insbesondere während wirtschaftlicher Rezessionen kritisch, da das öffentliche Beschaffungswesen nach wie vor ein wichtiges Instrument zur Ankurbelung der Inlandsproduktion darstellt.

Darüber hinaus legen die eigenen Ergebnisse der Europäischen Kommission nahe, dass die verstärkten Investitionen im Bergbau und bei den Biotreibstoffen zu einer widerrechtlichen Aneignung von Boden und zu weiteren Zwangsumsiedelungen in Kolumbien führen werden. Die wichtigste makroökonomische Folge wäre jedoch die **Reprimarisierung** [d. h.

die Verlagerung auf den Primärsektor] der Volkswirtschaften in der lateinamerikanischen Region. Dadurch würde die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Schwellenländern einerseits und Rohstoffe liefernden Ländern andererseits gefestigt. Dieses Ergebnis wäre weder im Hinblick auf den Kosten-Nutzen-Aspekt (wie anhand der nicht vorhandenen Möglichkeit erkennbar ist, die begrenzten natürlichen Ressourcen beispielsweise des Amazonasbeckens wiederherzustellen), noch im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Armutsbekämpfung nachhaltig. Vermehrte ausländische Investitionen und ein stärkerer internationaler Handel bedeuten nicht notwendigerweise eine langfristige nachhaltige Entwicklung. Trotz einer Verdreifachung des Zustroms ausländischer Direktinvestitionen in Kolumbien zwischen 2005 und 2008 verschärfte sich die Ungleichheit, wovon insbesondere die bedürftigsten Bevölkerungsgruppen betroffen waren. Neue Produktions- und Konsummodelle sind in der Tat erforderlich.

### Das Handelsübereinkommen und seine Folgen für Gesellschaft und Umwelt

Für Kolumbien und Peru prognostiziert die handelsbezogene Nachhaltigkeitsprüfung, dass wahrscheinlich die Bereiche Zucker, Obst (insbesondere Bananen), Bergbau und Kohlenwasserstoff am meisten profitieren werden. Das heißt, die Abhängigkeit dieser Volkswirtschaften von der Primärproduktausfuhr wird stärker werden – eine Strategie, von der es erwiesen oder zumindest sehr wahrscheinlich ist, dass sie nicht zu nachhaltiger Entwicklung führt. Außerdem ist es wichtig zu betonen, dass diese Sektoren mit einem großen Bedarf an Flächen (und Wasser) verbunden sind. Ein weiteres schnelles Wachstum dieser Sektoren würde demzufolge zu einer vermehrten widerrechtlichen Aneignung von Boden führen, um im großen Maßstab die landwirtschaftliche Produktion für den Export zu intensivieren. Dies führt zu gewaltsamen Konflikten in ländlichen Gebieten und setzt Kleinbauern noch stärker unter Druck. Wie in der handelsbezogenen Nachhaltigkeitsprüfung unmissverständlich festgestellt wird, „führt das Handelsübereinkommen zu einer erhöhten Produktion von Agrarkraftstoffen für den Export, und den Schätzungen zufolge wird die Abholzung zunehmen, da der Anbau von Zuckerrohr und Palmöl zu Lasten von

Waldgebieten erweitert wird.“ Der Studie zufolge könnten die Umweltauswirkungen ferner eine Bedrohung für den Lebensstil der in Armut lebenden Bevölkerungsgruppen darstellen.

Der größte Teil der Ausfuhr von Kohle aus Kolumbien geht in die Europäische Union (2009 betrug der entsprechende Anteil am Gesamtabsatz mineralischer Rohstoffe 56 %). Es ist bemerkenswert, dass Kolumbien 94 % seiner Kohleproduktion exportiert (der Anteil Kolumbiens am globalen Kohleproduktionshandel beträgt 18 %). 97 % der Kohleproduktion in Kolumbien erfolgte durch fünf ausländische Unternehmen: BHP Billiton, Anglo American, Xstrata (Fusion mit Glencore geplant), Drummond und Glencore. Es liegen zahlreiche Berichte über Flüsse vor, die umgeleitet werden, über Umweltverschmutzung, inakzeptable Arbeitsbedingungen, Landenteignung und Verletzungen des Rechts auf freie vorherige Konsultation mit Inkenntnissetzung. Anderen Studien zufolge beeinträchtigt dieses Handelsübereinkommen möglicherweise den Zugang der Bewohner ländlicher Gegenden der Andenstaaten zu Trinkwasser. Ein wichtiger Mangel des Handelsübereinkommens ist die Schwächung der Sanktionsmöglichkeiten bei Streitigkeiten im Zusammenhang mit Arbeits- und Umweltstandards. Verletzungen dieser Standards sind in den bereitgestellten Streitbeilegungsmechanismen ausgeschlossen, und Sanktionen wie die befristete Aufhebung von Präferenzzöllen können nicht angewandt werden.

Ein weiteres Beispiel ist das Goldbergwerk Conga in Peru, das in einem Quellgebiet im Hochland entstehen soll. Es wäre eines der weltweit größten Goldbergwerke. In den vergangenen drei Jahrzehnten hat Reinhard Seifert, ein Umweltingenieur aus Deutschland, eine wichtige Rolle in der Protestbewegung gegen den Bergbau gespielt. Der Widerstand rührt aus den völlig inakzeptablen Bergbaupraktiken des Unternehmens Newmont, seinem Versäumnis, ernsthafte Umweltstudien durchzuführen, und dem Mangel an Richtlinien. Anfangs versprach das Unternehmen mit Sitz in Denver, neue Arbeitsplätze in der Region zu schaffen, und behauptete, durch die Abbauverfahren würde die Umwelt nicht verschmutzt. Aber beides traf nicht zu. Die Arbeitsplätze erhielten Ausländer und Menschen aus anderen Regionen, und es gelangten täglich

Schwermetalle und andere Gifte in die Gewässer. „Wasser ist unsere wichtigste Ressource. Vergessen Sie Gold, Kupfer und alle anderen so genannten Edelmetalle. Bislang hat ihr Abbau das Leben der meisten Menschen in Cajamarca nicht verbessert, und das wird meiner Meinung nach auch niemals geschehen.“

### Die finanzielle Liberalisierung wird zu einer mangelnden Kontrolle der Kapitalflüsse führen

Die Befugnisse der Behörden, die Kapitalflüsse zu kontrollieren, werden durch das Handelsübereinkommen eingeschränkt. Jedoch existieren im Übereinkommen keine speziellen Bestimmungen, die sicherstellen würden, dass Instrumente und Vorschriften vorhanden sind, mit denen sich rechtswidrige Kapitalflüsse wirksam verhindern und stoppen lassen. Dies ist nicht in Einklang mit anderen von der EU geschlossenen Handelsübereinkommen, die stärkere Verpflichtungen zu Kooperation und Durchführung von Maßnahmen gegen Geldwäsche, Straftaten und Steuerhinterziehung oder -umgehung vorsehen.

Obwohl einige EU-Mitgliedstaaten bereits Länder mit einem hohen Maß an Steuerhinterziehung durch Unternehmen und Privatpersonen haben [d. h. Probleme mit diesen Ländern haben], enthält das Handelsübereinkommen keine feste Verpflichtung zur Verhinderung von Steuerhinterziehung oder -umgehung. Das Handelsübereinkommen sieht im Gegenteil eine größere Freiheit im Kapitalverkehr sowie eine Liberalisierung von Treuhanddienstleistungen [*services trusts*] und Steuerberatungsleistungen und schließt nicht im vollen Umfang aus, dass ausländische Investoren sich zum Zweck der Steuerhinterziehung niederlassen. Die Steuerparadiese in der EU führen für die unterzeichnenden Regierungen zu einem erheblichen Verlust von Einnahmen, die andernfalls für den Schuldenabbau und für nachhaltige Entwicklung eingesetzt werden könnten.

Zahlreiche Finanzdienstleistungen, darunter einige riskante und spekulative, werden durch das Handelsübereinkommen liberalisiert. Jedoch sieht das Handelsübereinkommen keine besonderen Mechanismen vor, um eine

starke Regulierung oder eine gemeinsame Kontrolle dieser Finanzdienstleistungen zu gewährleisten. **Dies könnte zu einer Schwächung des Finanzsektors und der finanziellen Stabilität führen.** Die Bestimmungen des Handelsübereinkommens gestatten es weder der EU noch den beiden anderen Parteien, den Finanzsektor zu regulieren und das Kapital zu kontrollieren. Einige EU-Finanzreformen stehen bereits jetzt im Widerspruch zu den Bestimmungen des Handelsübereinkommens bezüglich Marktzugang und innerstaatlicher Regelung. Die Bestimmungen des Handelsübereinkommens lassen eine vollständige Anwendung der Erfahrungen aus der Finanzkrise nicht zu. Sie lassen Reformen nicht zu, die in der Vergangenheit [d. h. vor der Finanzkrise] nicht hätten vorhergesagt werden können.

### Das Handelsübereinkommen beeinträchtigt die kontinuierlichen Bemühungen um die Integration der Andenregion

Die Förderung der Integration auf subregionaler Ebene war eines der wichtigsten Ziele, die die EU für dieses Abkommen darlegte, und wurde als wichtiges Merkmal der Unterscheidung von anderen zwischen einzelnen lateinamerikanischen Staaten mit den USA getroffenen Handelsübereinkommen präsentiert. Jedoch kam es in dieser Hinsicht im Laufe der Verhandlungen zwischen der EU und den Andenstaaten zu Unvereinbarkeiten mit diesem Ziel. Die Zustimmung zu einer Fortsetzung der Verhandlungen mit lediglich zwei Andenstaaten (Peru und Kolumbien) hat die bestehenden Spannungen zwischen den Staaten der Andengemeinschaft verschärft. Im März 2012 erzielte der Rat der Europäischen Union eine politische Einigung über einen Entwurf eines Entschlusses, mit dem die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung eines multilateralen Handelsübereinkommens mit Kolumbien und Peru genehmigt wurde. In einer Pressemitteilung stellte der Rat fest, dass „das Handelsübereinkommen zur Unterzeichnung durch Ecuador und Bolivien, den beiden anderen Mitgliedstaaten der Andengemeinschaft aufliegt. Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen zwischen beiden Regionen [EU und Andengemeinschaft], einschließlich eines politischen Dialogs, Zusammenarbeit und Handel, wurden im Juni 2008 ausgesetzt. Im Januar 2009 ermächtigte der Rat die Kommission, ein multilaterales

Handelsübereinkommen mit den Andenstaaten auszuhandeln.“

Das Übereinkommen beeinträchtigt die regionale Integration und fördert den Wettbewerb unter den Andenstaaten, die um Zugang zu Märkten und um Investitionen des Auslands konkurrieren. Ein Beispiel dafür sind die Auswirkungen, die das Übereinkommen auf die ecuadorianische Wirtschaft im Hinblick auf die Zölle auf Bananen hat. Einerseits ist die Integration einer Bestimmung, die einen Zollsatz vorsieht, der günstig ist im Vergleich zum vor der Welthandelsorganisation zwischen der EU und lateinamerikanischen Ländern vereinbarten Zollsatz, ein wichtiges Instrument geworden, um Druck auf die Regierung von Ecuador auszuüben, mit der EU zu verhandeln. Andererseits besteht die Gefahr, dass Kolumbien Ecuador aus dem EU-Markt für Bananen verdrängt, sobald das Übereinkommen in Kraft tritt.

### Abschließende Bemerkungen: Was steht für die EU tatsächlich auf dem Spiel?

Die Wirtschaft Europas befindet sich inmitten der tiefsten Rezession seit den 1930er Jahren. Es gab zwar in letzter Zeit Anzeichen für eine wirtschaftliche Erholung, jedoch bleibt die Situation unsicher und instabil. Für diese Krise existieren zahlreiche Gründe. Der laut der Europäischen Kommission wichtigste Grund hängt mit der Tatsache zusammen, dass große Kapitalströme, die aufgrund der Integration von Finanzmärkten verfügbar waren, in die Immobilienmärkte insbesondere solcher Länder flossen, in denen das Pro-Kopf-Einkommen von einem niedrigen Niveau ausgehend schnell anstieg. Diese Vorkommnisse, die in den 1990er Jahren begannen, wurden teilweise durch echte strukturelle Änderungen der wirtschaftlichen Umgebung begünstigt, einschließlich der größeren Möglichkeiten für internationales Risikokapital. Gemäß den Analysen der Europäischen Kommission<sup>4</sup> hat die EU schnell und entschieden reagiert. Es wurden Maßnahmen zur Stabilisierung, Erholung und Reformierung des Bankensektors ergriffen, und im Dezember 2008 wurde das Europäische Konjunkturprogramm aufgelegt.

---

<sup>4</sup> Economic Crisis in Europe: Causes, Consequences and Responses. Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission, Veröffentlichungsreihe 7, European Economy, 2009.

Im Rahmen dieses Programms wurden die Zinsen drastisch gesenkt, und die Banken erhielten nahezu unbegrenzten Zugang zu neuen Fazilitäten, Kapital und Bürgschaften. Weitere Maßnahmen bestanden in Garantien für Spareinlagen und umfangreichen Konjunkturpaketen.

Wenn es um Alternativen zu einem dauerhaften Versagen der Märkte geht, gilt es zu beachten, dass die Stärkung der Binnenmärkte eine *notwendige* (jedoch nicht hinreichende) Voraussetzung für die regionale und bi-regionale Integration darstellt. Im Fall der Beziehungen zwischen der EU und den lateinamerikanischen Staaten ist die intraregionale Integration eine *conditio sine qua non* für eine ausgewogenere, gleichberechtigte und nachhaltige bi-regionale Beziehung. Daher sollten die Bestrebungen für eine intraregionale Integration – vollzogen z. B. über die EU bzw. die Union Südamerikanischer Staaten (UNASUR) – allerhöchste Priorität haben. Wenn man die Weltwirtschaftsordnung aus der Perspektive einer Stärkung der Binnenprozesse betrachtet – und die Realität der Europäischen Union ist ein Beispiel [für eine solche Stärkung] –, dann ließen sich sowohl die gewünschten Änderungen bei den bi-regionalen Beziehungen als auch eine intraregionale Integration erreichen. Durch eine Beziehung unter alternativem Vorzeichen könnten die lateinamerikanischen Staaten sich aus ihrer derzeitigen Rolle als Rohstofflieferant befreien und den Prozess der „Reprimarisierung“ [d. h. die Verlagerung auf den Primärsektor] ihrer Volkswirtschaften (dies betrifft selbst ehemalige Industrienationen wie Brasilien) umkehren.

Was die EU und Lateinamerika brauchen, sind wirtschaftliche Beziehungen, die nicht auf der klassischen technologischen Asymmetrie basieren. Was sie brauchen, ist eine langfristige, auf einer neuen Basis der gegenseitigen Komplementarität beruhende Partnerschaft: ein neuer Vertrag über langfristige Nachhaltigkeit, die letztendlich in Hinblick auf politische und wirtschaftliche Stabilität, Armutsbekämpfung und Umweltschutz kosteneffizient ist. Angesichts dessen, was die beiden Regionen einander zu bieten haben, könnten die Möglichkeiten einer neuen Komplementarität in Hinblick auf unbestrittene Lösungen für den Klimawandel, Schutz der Biodiversität und Übergang zu einer Wirtschaft, die nicht mehr auf Bergbau beruht, untersucht werden – eine wirklich

ökologische, grüne und nachhaltige Wirtschaft, in der die Rechte der Bürger und der Natur voll garantiert werden.

Die zugrunde liegenden Ursachen divergierender Entwicklungen bei der Wettbewerbsfähigkeit müssen als integraler Bestandteil einer jeglichen alternativen Strategie angegangen werden. Die Strategie sollte ferner gewährleisten, dass Deutschland und Europa ihre Führungsrolle beim Wandel hin zu einer CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft durch Investitionen in erneuerbare Energien, Technologien für niedrige Kohlendioxidemissionen und grüne Infrastrukturen behalten. Dann ist zu erwarten, dass die Bemühungen der EU, Handels- und Investitionshemmnisse abzubauen, Märkte zu erweitern und Protektionismus zu verhindern – dies sind *notwendige* Voraussetzungen für Europas wirtschaftliche Erholung – in einem ausgewogenen Verhältnis zur Schaffung einer neuen, mutigen Ordnung aus der Asche der alten Ordnung stehen. Ich möchte mit einer Metapher schließen, die ein niederländischer Kollege aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit prägte. Die Beziehung zwischen Südamerika und Europa ist mit einem Flirt zwischen einer jungen Frau und einem alten Mann vergleichbar. Allerdings ist der Flirt einseitig, der alte Mann reagiert nicht. Nicht deswegen, weil er nicht will, sondern weil er seine Brille vergessen hat. Das ist bedauerlich, denn eine engere, neue Zusammenarbeit zwischen den beiden Kontinenten wäre für das Wohlergehen beider und auch für die Schaffung einer gesünderen Weltordnung vorteilhaft. Eine derartige Beziehung ist allerdings langfristig nur dann erfolgreich, wenn der alte Mann anfängt, neu zu denken, und nicht nur die Schönheit, sondern auch die Intelligenz der jungen Frau wahrnimmt.

### **Literaturnachweise und Berichte:**

Internationaler Gewerkschaftsbund  
Human Rights Watch – Weltbericht 2012  
Berichte der Vereinten Nationen  
Schreiben und Kommuniqués der Gewerkschaftsverbände CUT (Central Unitaria de Trabajadores), CGT (Confédération générale du travail), CTC (Central de Trabajadores de Colombia)  
Berichte und Kommuniqués des Dachverbandes der indigenen Völker Kolumbiens ONIC (Organización Nacional Indígena de Colombia)  
Angaben der Regierungen  
Oficina Internacional de los Derechos Humanos Acción Colombia (OIDHACO): „Trade at Any Price“ („Handel um jeden Preis“)  
Informationen der Netzwerke, Initiativen und Organisationen ALOP, APRODVEV, CIFCA, GRUPO SUR und OIDHACO zu den Themen Wasser, Milch und Biokraftstoffe  
Justice for Colombia: „Human Rights or Free Trade“ (Gerechtigkeit für Kolumbien: „Menschenrechte oder freier Handel“)  
SOMO – GUE: „Free Trade Agreement EU – Colombia & Peru: Deregulation, illicit financial flows and money laundering“ („Deregulierung, illegale Kapitalflüsse und Geldwäsche“, Studie der Nichtregierungsorganisation SOMO, in Auftrag gegeben vom Parteienbündnis Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke)  
Berichte internationaler und kolumbianischer Koordinationsgruppen für universelle periodische Berichterstattung (UPR = Universal Periodic Review) zu Kolumbien  
„Commercial Interests before Human Rights“ („Handelsinteressen vor Menschenrechten“)  
Europäische Union: „Evaluation of the impact on the sustainability of trade between the EU and Andean countries“ („Handelsbezogene Nachhaltigkeitsprüfung zum Handel zwischen der EU und den Staaten der Andengemeinschaft“)  
Europäische Union: „Handelsübereinkommen mit Kolumbien und Peru“  
ABColumbia; Programa somos defensores („Programm: Wir sind Verteidiger“) – Recalca  
Europäische Kommission, Nachhaltigkeitsbewertung des Handelsübereinkommens zwischen der EU und den Andenstaaten ABSCHLUSSBERICHT: Oktober 2009.  
Economic Crisis in Europe: Causes, Consequences and Responses. 2009  
Europäisches Parlament: „EUROPÄISCHE UNION: ‚HANDELSÜBEREINKOMMEN‘ MIT KOLUMBIEN UND PERU“, 2012.